„Der Courier"
Die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
Für Canada $2.50
Für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

19. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 28. April 1926 | 12 Seiten | Nummer 25

Die große Aussprache über das Budget

„Amendment" der Konservativen eingebracht.

Liberale und Progressive unterstützen kräftig den neuen Autotarif

A. F. Toxke, Humboldt, Sask., und John Millar, Qu'Appelle, unter den Rednern.

Ottawa. — Der erste Tag der Debatte über das vom Finanzminister Robb eingebrachte Budget brachte ein konservatives Amendement, das von Hon. R. J. Manion von Fort William vorgelegt wurde. Während der allgemeinen Wahlkampagne hatten Premier King und andere Minister wiederholt versichert, daß alle weiteren Tarifänderungen vor ihrer Einführung dem Tarifboard unterbreitet und die davon betroffenen Industrien eine Gelegenheit erhalten würden, ihre Ansicht kundzugeben. Auch in der Thronrede sei das in Aussicht gestellt worden. Im Falle der drastischen Aenderungen, welche im Budget vorgeschlagen würden, seien die betreffenden Zusicherungen nicht erfüllt.

„Bringt das Budget," so fragte Dr. Manion, irgend eine Erleichterung für den gewöhnlichen Arbeiter oder den kleinen Farmer, abgesehen von der „Parlamentsmäßigung?" Alle Vorteile des Budgets kommen dem reichen oder multimillionen Mann zu Gute. Die Einkommensteuer des reichen Mannes wird herabgesetzt, er bekommt ein billigeres Auto. Die einzige Hilfe für den gewöhnlichen Arbeiter ist die, daß er seine Arbeit verliert." — Der Konservative T. M. Sutherland, Nepean Ontario, bezeichnete das Budget als ein „Sieskatchewan-Budget".

Der progressive Führer Robert Forke gratulierte Minister Robb zu seinem Vorschlag und meinte, die Steuerermäßigungen sollten von allen herzlich begrüßt werden. Es sei unpraktisch und ungerechtfertigt, wenn Canadier immer wieder darauf hinwiesen, die Bevölkerung in Canada solle nach dem Vorbild der Ver. Staaten gestaltet werden. Er meinte ferner, ein Geschäftsmann könne der Verbesserung seiner Bücher nicht seine Steuern entgegenkommen, aber wie könne das ein Farmer tun, der seine Produkte auf dem Weltmarkte zum jeweiligen Preis, den er erhalte, zu verkaufen habe. Der Redner kritisierte auch die konservative Schutzzollpolitik gegenüber Farmerprodukten. Er glaube nicht, daß der Farmer in Wettbewerb unter heutigem Wettbewerb durch amerikanische Farmerzugeständnisse zu beeinflussen habe. Ebenso wie er nicht an, wie die Militärmacht durch ausländische Konkurrenz gefährdet seien.

Im Fortsetzungsbericht in Ottawa, in welcher Forke sprach, wurde bekannt, daß Parlamentsmitglieder von Westkanada stellen selbstsüchtige Forderungen aus. Er müsse dem widersprechen. Er möchte wissen, wovon diese Forderungen herrühren sollten. Wenn Manitoba und Saskatchewan sich um die Vollendung der Hudsons Bay-Bahn bemühten, so seien doch auch große Teile des übrigen Canada dafür interessiert. Hon. Robert Rogers, ein konservativer Führer, habe noch erst kürzlich Versicherungen erklärt, daß auch die Konservativen die Vollendung der Hudsons Bay-Bahn als eine der dringlichsten Maßnahmen ansehen. Die Frage der Aufwertung der Südstaatenländereien sei doch gewiß auch kein selbstsüchtiges Verlangen, oder könne man das von der Forderung nach landlichen Krediten sagen? Wenn die Landwirtschaft gedeihe, so gedeihe ganz Canada.

Forke unterstützte auch die Bestimmung des Autozolles. Jene, welche die Progressiven als selbstsüchtig und partikularistisch hingestellt, wollen nur eine Spaltung zwischen Ost und West schaffen. Die Steuerverminderung im Betrage von annähernd 25 Millionen Dollars, welche im Budget angekündigt worden sei, habe nach seiner Meinung zu einem großen Teil ihre Ursache in der großen Ernte von 1925. Das sei ein weiterer Beweis dafür, daß mit dem Wohlstand der Farmer auch der Wohlstand der übrigen Dominion wachse. In Westkanada sei keine feindselige Stimmung gegenüber den Industrien vorhanden. Nach seiner Meinung solle vielmehr überall in Canada der Geist nationaler Einigkeit vorherrschen.

Auf eine Frage des Konservativen F. B. Quinn von Halifax ob Forke darüber sei, daß das canadische Getreide durch die atlantischen Häfen in Canada verschifft werde, erwiderte der progressive Führer, er würde es gern sehen, wenn alles canadische Getreide durch canadische Häfen versandt werde. Es sei jedoch schwer, in wirtschaftliche Zusammenhänge einzugreifen. Solange Unterschiede in den Frachtraten bestehen, würde der Exporteur die billigste Route wählen.

Nach den Reden von Dr. Manion und Forke ergriff W. R. Baldwin von Simcoe das Wort, welcher sich dafür einsetzte, daß in der Finanz- und Zollpolitik ein Weg der Vermittlung eingeschlagen werde, so sei man es in dem toleranten Quebec gewohnt, wo Franzosen und Engländer, Protestanten und Katholiken friedlich nebeneinander wohnen. Alle Klassen sollten gleichmäßig berücksichtigt werden. Keine solle auf Kosten der anderen reich werden. Der große Westen habe seine besonderen Interessen und müsse daher auch Berücksichtigung finden. Hinsichtlich des Tarifs sei die liberale Regierung, was notwendig sei, um den Handel innerhalb des britischen Reiches zu fördern.

Der liberale Abgeordnete wandte sich gegen den Konservativen Manion, der die alte Taktik verfolge, den Teufel an die Wand zu malen und die Regierung für alles zu beschuldigen, für was sie gar nicht verantwortlich sei. Dann fuhr er fort: „Als diese Regierung vor vier Jahren ihr Amt antrat, hatte sie als Vorgängerin die verschwenderischste und zugleich unfähigste Regierung, welche Canada jemals gehabt hat. Es war eine Regierung, welche ohne Zögern mehr als eine Billion Dollars unnötigerweise für den Weltkrieg ausgegeben hatte, und doch behaupten heute die konservativen Herren, daß das Land schon vor Jahren die Lasten hätte abtragen sollen, welche sie selbst ihm auferlegt haben."

Was den Autozoll angehe, so werde man sich deswegen in Quebec wohl nicht viel kümmer machen. Man habe an und für sich im Lande schon viel zu viele Automobile, die so riesig viele Unglücksfälle verursachten. Dazu komme auch eine moralische Seite noch hinzu, welche namentlich bei der Jugend in Betracht gezogen werden müsse.

Man müsse die Regierung zu ihrem Budget beglückwünschen. Die Konservativen hätten erst sich unter Hinweis auf die Verträge mit Australien, Neuseeland und Westindien als Freunde der Farmer aufspielen und sie in Furcht und Schrecken vor den Verträgen versetzen wollen und nun versuchten sie das nämliche Spiel mit den Arbeitern. „Aber", so rief Baldwin aus, „seitdem die King-Regierung ihr Amt angetreten hat, ist nicht eine einzige Suppenküche in ganz Canada eröffnet worden. Das ist ein schlüssiger Beweis dafür, daß die Industrie in Canada nicht Not leidet und daß noch Arbeit genug für jedermann vorhanden ist. Eine große industrielle Entwicklung ist nicht nur in Quebec, sondern auch in Ontario im Gange."

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Baldwin nochmals auf den Autotarif zurück und erklärte: „Ohne Zweifel ist die Stimmung des canadischen Volkes in überwiegender Weise für die geplante Maßnahme der Regierung. . . . Die Klagen der Fabrikanten sind nicht ernst zu nehmen. In Anbetracht der Profite, die sie gemacht haben, bedürfen sie gewiß nicht eines Schutzzolles."

Der Liberale Hon. Charles Marcil von Bonaventure verteidigte ebenfalls das Budget, indem er auf die Steuerverminderung, auf die Besserung der canadischen Handelsbilanz und auf die günstigere Finanzlage der Canadian National Railways hinwies. Ein weiterer Punkt des Budgets, der allgemeine Zustimmung finde, sei die Rückkehr zum Pennyporto. Trotz all der Behauptungen über den Schmuggel, der an der canadischen Grenze vor sich gehen solle, sei doch in den Zolleinkünften eine beträchtliche Zunahme zu verzeichnen. Der Schmuggel sei wohl nie ganz zu unterbinden. Auch der neue Autozoll finde die Unterstützung des Redners. Je näher die canadischen Autopreise jenen der Ver. Staaten kämen, desto größer werde die Prosperität der Autoindustrie in Canada selbst. Das sei der Tatsache zuzuschreiben, daß bei Preisherabsetzungen die Nachfrage steige.

Im weiteren Verlauf der Debatte ergriff auch ein liberaler Abgeordneter von Saskatchewan, A. F. Toxke, Humboldt, Sask., das Wort. Nach seiner Ansicht hat das Budget auf 90 Prozent der Bevölkerung Canadas einen sehr erfreulichen Eindruck gemacht. Es zeige, was von den schwarzfarbenen Reden der Konservativen während des letzten Wahlfeldzuges zu halten sei. Wenn die Konservativen nur ihrer ehrlichen Meinung Ausdruck verleihen wollten, würden sie gleichfalls ihre Zustimmung zu dem Budget kundgeben. Die Bevölkerung von Saskatchewan habe sich in deutlicher Weise gegen höhere Tarife ausgesprochen. Meighen sei nach dem Westen gekommen und habe seine Schutzzoll-Ideen vertreten. Das Wahlergebnis sei die beste Antwort auf Meighens Rede gewesen. Die Bevölkerung des Westens wolle nicht, daß die Fabrikanten auf ihre Kosten hohe Gewinne machen. Was die Hudsons Bay-Bahn anlange, so seien es nicht nur die Liberalen und Progressiven, welche für dieselbe eintreten. Wenn der konservative Kandidat von Humboldt gewählt worden wäre, hätte Meighen wenigstens einen Abgeordneten in seinen Reihen, der sich für die Vollendung der Bahn einsetze.

Als dann der Progressive John Millar, Qu'Appelle, das Wort ergriff, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen ihm und den Konservativen wegen der Unterschiede zwischen dem amerikanischen und canadischen Zollsystem und wegen der von Millar behaupteten Profite der Autofabrikanten.

Protest gegen Herabsetzung des Autotarifs

3000 Demonstranten versammeln sich in Ottawa

Premier King empfängt Abordnung und erwidert auf ihre Einwände.

Ottawa. — Eine 3000 Mann starke Abordnung kam von Oshawa und anderen Plätzen in Ontario nach Ottawa, um gegen die geplante Tarifermäßigung für Automobile zu protestieren. In einem hiesigen Theater hatten sich die Demonstranten versammelt. Plötzlich erschienen Premier Mackenzie King und Finanzminister Robb. Dadurch kamen sie dem beabsichtigten Marsch der 3000 zum Parlament zuvor. Premier King wurde bei seinem Erscheinen im Theater mit tosendem Beifall empfangen. Er erklärte, daß auf ihn nur Argumente, aber nicht große Massen Eindruck machen könnten, und ersuchte die Versammlung, aus ihrer Mitte einige Wortführer zu wählen, welche der Regierung die Sache vortragen sollten. Minister Robb bemerkte, er beabsichtige, bei seinen Geschützen zu bleiben. Diese Bemerkung wurde von der Menge mit feindseliger Mißbilligung aufgenommen, doch heiterte sich die Stimmung späterhin wieder auf.

Der Premierminister empfing dann die Abordnung der Demonstranten. Es wurde ihm eine Denkschrift im Namen der verschiedenen Autofabrik-Zentren von Ontario überreicht, in der es hieß, daß der „plötzliche drastische und unerwartete Vorschlag" der Autotarifermäßigung Gefühle ernstester Sorge hervorgerufen habe. Wenn der Vorschlag angenommen werde, müsse das Gesetz eine derartig katastrophale Wirkung auf die betreffenden Gemeinwesen haben, daß ihre Finanzlage beträchtlich geschädigt werde. Das würde ferner den Steuerzahlern schwere Lasten aufbürden und die gegenwärtige und zukünftige Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigen. Die Denkschrift verweist ferner darauf, daß der bisher gültige Autotarif von 35 Prozent vor etwa 25 Jahren von einer liberalen Regierung unter Führung von Sir Wilfrid Laurier festgesetzt und noch von keiner liberalen, konservativen oder unionistischen Regierung angetastet worden sei. Weiterhin wird die Bedeutung des Automobils als eines modernen Verkehrsmittels und die Leistung der canadischen Autoindustrie geschildert. Sie sei heute eine der hervorragendsten Gewerbe in Canada, habe die Anlegung großer Kapitalien erfordert und die Verausgabung von gewaltigen Summen zur Unterbringung der Arbeiter und ihrer Familien in den einzelnen Munizipalitäten notwendig gemacht. Zum Schluß wird bestritten, daß die Autoindustrie so gewaltige Gewinne unter der bisherigen Tarifregelung gemacht habe, wie oft behauptet werde, und eine gründliche Untersuchung der Frage durch ein fachmännisches Komitee gefordert. Nach reiflicher Ueberlegung sei es die feste Ueberzeugung der betreffenden Gemeinden, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, daß ihnen durch die geplante Tarifermäßigung ein vernichtender Schlag versetzt, daß Tausende von Arbeitern geschädigt und Millionen von Kapitalsanlagen ein Unrecht angetan werde. Daher ersuche die Abordnung, daß die ganze Angelegenheit vor der endgültigen Entscheidung erst dem Tarifboard zur Prüfung übergeben werde.

Premier King, der schon in der Theaterversammlung betont hatte, daß die Regierung sich nur an die Entscheidungen des Parlamentes halte, meinte den Wortführern der Demonstranten gegenüber, er sei überrascht, daß zu der geplanten Tarifermäßigung im Hause noch kein Amendement eingebracht worden sei. Die Regierung habe in ihren Budgetvorschlägen sich bemüht, den Interessen aller Klassen des Landes Rechnung zu tragen. Die Herabsetzung des Autotarifs sei nicht das Ergebnis eines impulsiven Aktes. Die Regierung denke nicht daran, eine Klasse besonders zu schädigen, sondern habe den Wunsch, der Bevölkerung Canadas in bester Weise zu dienen. Sie werde daher auch die gemachten Einwände in sorgfältigster Weise prüfen.

Deutsch-russischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet

Gegenseitige Neutralität im Kriegsfalle zugesichert

Locarnopakt ergänzt. — Eine Rede Stresemanns.

Berlin, 24. April. — Der deutsch-russische Vertrag wurde heute unterzeichnet. Das Abkommen sieht gegenseitigen Schutz im Fall von wirtschaftlichen oder militärischen Angriffen durch andere Staaten vor. Gleichzeitig mit Zeichnung des Vertrags tauschten Deutschland und Rußland Noten aus. Die deutsche Note erklärt nochmals, daß der Vertrag mit den Vereinbarungen von Locarno und mit dem Abkommen über den Völkerbund nicht im Widerspruch steht. Die russische Note erkennt dies als eine Tatsache an.

Europa sieht nach dem Abschluß des Vertrags vor neuen Verwicklungen. Manche Kreise weisen darauf hin, daß der Völkerbund unter Umständen die Anerkennung des Abkommens verweigert. Der Vertrag selbst enthält keinerlei Drohung mit Angriff oder Krieg. Sein Zweck ist im Gegenteil die Förderung des Friedens von Europa.

Das Abkommen verfolgt zwei Zwecke. Einmal wird die Besorgnis von Sowjetrußland behoben, daß ein künftiger militärischer Vorstoß gegen Moskau durch Deutschland gehen könnte. Deutschland hat die Zusicherung, daß das Sowjetheer neutral bleibt, falls Polen oder Frankreich militärische oder wirtschaftliche Maßnahmen gegen Deutschland ergreifen sollten.

Im Namen von Sowjet-Rußland zeichnete Botschafter Krestinsky den Vertrag. Die Bestimmungen wurden nicht veröffentlicht. Eingeweihte Kreise betonen jedoch, daß das Abkommen kein Bündnis zwischen den beiden Ländern errichtet, sondern eher das Locarno-Abkommen ergänzt. Der Vertrag hat nur eine beschränkte Anwendung, das heißt, er bezieht sich nur auf das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland, nicht auf das Verhältnis dieser Länder zu anderen europäischen Mächten. Das Abkommen ist in keiner Weise ein Bündnis zur Verteidigung oder zum Angriff. Der Verdacht, Deutschland sei gezwungen, Moskau alle vertraulichen Verhandlungen mit anderen Mächten und dem Völkerbund zu berichten, wird in der Wilhelmstraße zurückgewiesen.

Berlin, 23. April. — In einer am letzten Sonntag in Stuttgart gehaltenen Rede hat der Reichs-Außenminister Dr. Stresemann sich über den in der Entstehung begriffenen deutsch-russischen Vertrag ausgesprochen und erklärt, daß dieser jeden Angriff von seiten des Völkerbunds auf die Sowjetunion zu einer recht komplizierten Angelegenheit machen würde. Soweit Rußland und Deutschland in Betracht kämen, könnte Artikel 16 der Völkerbund-Statuten ebenso gut gestrichen werden.

Dr. Stresemann sagte, Deutschlands Standpunkt sei, daß die beiden Vertragsländer sich verpflichten, im Falle eines Krieges gegen eines derselben sich aller Feindseligkeiten zu enthalten. Im übrigen sei der Vertrag dazu angetan, die Freundschaft der zwei Länder zu fördern. Der deutsche Außenminister sieht in dem Vertrag nur eine Folgeerscheinung des Locarno-Paktes.

Die deutsche Presse bemerkt hierzu, daß die Geheimdiplomatie, deren Abschaffung der Völkerbund sich zur Aufgabe gesetzt hatte, Europa heute fester in ihren Klauen halte, als je zuvor. Pakte, beruhigende Versicherungen, Neutralitätsabkommen und andere Verträge tauchen in immer größerer Zahl auf. Der von allen Seiten offen erwartete Mißerfolg der Genfer Abrüstungskonferenz dürfte nach Ansicht einiger Zeitungen der Geheimdiplomatie neue Möglichkeiten für weiteres üppiges Blühen bieten.

London, 26. April. — Der britische Außenminister Sir Austen Chamberlain erklärte im Unterhause in Beantwortung einer Interpellation, die deutsche Regierung hätte versichert, daß der vorgeschlagene russisch-deutsche Vertrag nichts enthalten würde, was mit den Bestimmungen der Völkerbundsatzungen oder des Sicherheitspaktes von Locarno im Widerspruch wäre. Der Außenminister meinte, indem er von diesen Versicherungen der Reichsregierung Kenntnis nehme, sehe er keinen Grund, gegen den projektierten Pakt Einwendungen zu erheben.

Franc-Entwertung und Briandkabinett

Paris, 23. April. — Die andauernde Schwäche der französischen Devisen ist während der letzten letzten Tage in politischen Kreisen viel besprochen worden, besonders unter dem Eindruck des Kurssturzes. Die genaue zu hier stimmen, die Verantwortung für diese erneute Entwertung der französischen Valuta der Regierung aufzubürden. Das hat erneut zu den Gerüchten Veranlassung gegeben, die Sozialisten wollen Vorbereitungen zum Sturz des Kabinetts Briand und der Durchführung eines gewissen Sanierungsplanes. Diese Frage dürfte indes erst nach dem Wiederzusammentritt der Kammer am 4. Juni auftauchen. In der derzeitigen Session ausschließlich der Erledigung des Budgets gilt. Nach der Vertagung begeben sich die Kammerausschüsse und Senatorenen nach ihnen unterstellten Departements, um an den Verhandlungen der Departementsbudgets teilzunehmen. In Finanzkreisen wird der Rückgang des Franckurses nach wie vor auf Verkäufe auf italienische und belgische Rechnung zurückgeführt und damit gerechnet, daß sich die Situation bessern wird, sobald diese Bewegung ihr Ende gefunden hat.

Die Regierung wird zu den heurigen Felddienstübungen nur 320 Offizieren und 3406 Mann der Reserve unter die Waffen rufen. Diese Zahl kommt ungefähr nur einem Prozent der ganzen Reserve gleich. Herangezogen zu den Uebungen werden in erster Linie Reservisten mit Luftdienst, dem Autotransport und in der Artillerie. Dieser Schritt wird als eine Konzession der Regierung an die Sozialisten aufgefaßt, die der Heranziehung der ganzen Reserve zum Felddienst aufs schärfste opponierten.

Deutsche Handelsbeziehungen zu Canada

Winnipeg. — H. Hoppe, der Leiter eines Getreide-Importhauses in Hamburg, Deutschland, war kürzlich in Winnipeg, um Beziehungen zu hiesigen Getreide-Exportfirmen anzuknüpfen und die Arbeit des Weizenpools kennenzulernen. Hoppe erklärte, daß Deutschland im letzten Jahr 75 Prozent seines Weizenbedarfes aus Canada eingeführt hat. Seine Firma allein importiere jährlich 15 Millionen Buschel des besten canadischen Weizens, um diesen mit deutschem Weizen zu mischen.

Ein Kaiserreich Rumänien?

Berlin, 24. April. — Unbestätigten Berichten zufolge wünscht der König von Rumänien ein Kaiser zu werden.

Die Umwandlung Rumäniens in ein Kaiserreich wird, wie behauptet, in einigen Tagen stattfinden, wenn das rumänische Königshaus den 60. Jahrestag seiner Herrschaft feiert.

Künstliches Kokain

Berlin, 23. April. — „Der neue Berliner" bringt Enthüllungen über die Herstellung von synthetischem Kokain aus Kohlenteer, und behauptet, daß Darmstadt und umliegende Ortschaften das Zentrum dieser ungesetzlichen Drogenfabrikation sind. Das Blatt schreibt, daß, obwohl die an der Spitze der leitenden chemischen Firmen in Deutschland stehenden Chemiker leugnen, etwas davon zu wissen, daß synthetisches Kokain billiger gewonnen werden kann als der echte aus Kakaoblättern, sei es doch Tatsache, daß die großen Quantitäten Kokain, die nach allen Ländern geschickt werden, in keinem Verhältnis zu den Mengen der importierten Kakaoblätter ständen. Das Blatt ist der Ansicht, daß die ganze Kokain-Industrie von einer Gesellschaft kontrolliert ist, der große Kapitalien zur Verfügung stehen.

Neue Pooleleva toren in Saskatchewan

Nach den bisherigen Plänen werden heuer an folgenden Punkten Pooleleva toren in Saskatchewan gekauft oder gebaut: Drinkwater, Major, Lumsden, Delisle, Denzil, Nord, Battleford, Asquith, Melville, St. Walburg, Ruthilda, Pitman, Wapella, Tribune, Ravenscrag, Carievale, Chaplin, Claret, Gilron, Grand Coulee, Kamsack, Lemberg, Krydor, Keppel, Titchfield, Cavell, Marengo, Astum, Holbein, Brada, Diana, Gouverneur, Mervin.

Rückzug der französischen Truppen aus Saargebiet

London, 24. April. — Von den Franzosen werden Pläne für den Abzug ihrer Truppen aus dem Saarbecken vorbereitet, wie Sir Austen Chamberlain, der britische Außenminister, im Unterhaus mitteilte. Die Auskunft erfolgte auf eine Anfrage, ob in der kürzlichen Sitzung des Völkerbundrates der Zeitpunkt für den Abmarsch der französischen Truppen aus dem Saargebiet bestimmt worden sei.

Sir Austen erwiderte, kein bestimmter Zeitpunkt sei angesetzt, jedoch habe er erfahren, daß die Franzosen Vorkehrungen für den Abzug eines Bataillons zum 31. Mai angeordnet hätten und daß Schritt um Schritt die Zurücknahme der übrigen Truppen erfolgen würde.

Koreaner hingerichtet

27 sollen von den Russen in Harbin getötet worden sein.

Tokio, 24. April. — Nach Berichten an das auswärtige Amt wurden 27 Koreaner von den Russen wegen Schmuggels in der Stadt Harbin im mandschurischen Rußland hingerichtet. Eine Untersuchung ist eingeleitet, wahrscheinlich wird ein Protest erhoben.

Ueberschwemmung in Ottawa

Ottawa, 23. April. — Diese Stadt und die umliegenden Gebiete haben unter den Frühjahrsüberschwemmungen mehr zu leiden als in irgend einem Jahre der bisherigen Geschichte der Hauptstadt.

Die Häuser im südlichen Ottawa werden durch das steigende Wasser beschädigt. Das neue Anwesen des Tennis- und Kegelklubs in Ottawa ist vollständig unter Wasser gesetzt. Im Eastview gab eine Zementmauer dem Drucke des Wassers nach und ein großer Teil der Ortschaft ist überschwemmt.

Südafrika und das britische Reich

Kapstadt, 23. April. — Premier J. B. Hertzog sagte in einer langeren vor der gesetzgebenden Körperschaft abgegebenen Erklärung über die internationale Stellung Südafrikas, daß die Union eine vollständige internationale Stellung erlangt habe, welche derjenigen irgend einer andern Dominion oder eines andern Teiles des Britischen Reiches gleich sei. Südafrika sei in einer Stellung, welche selbst derjenigen von Großbritannien gleichkomme, sagte er, doch würde es unklug und schlecht beraten für die Union sein, wolle sie das Recht der Abtrennung beanspruchen, es sei denn durch die Vermittlung und mit Hilfe von Großbritannien.

Es würde für die Union gleichfalls nicht anzuraten sein, ihren eigenen Botschafter zu ernennen, obgleich die Südafrikaner, wo immer ihre Interessen es verlangen, ihre eigenen Pflichten und Verantwortungen übernehmen sollten.

Dieses sei ohne Zweifel eines der wichtigsten Probleme, das auf der im Oktober stattfindenden Konferenz in London zur Verhandlung kommen werde.

Zwergvolk in Afrika entdeckt

New York, 24. April. — Beschreibungen von einer Art primitiver Negerzwerge, welche sich auf dem niedrigsten Stande des menschlichen Lebens befinden, wurden von drei Forschungsreisenden der Denver-Afrikanischen Expedition vom dunkelsten Afrika zurückgebracht. Sie erzählten, daß sie in der Kalahari-Wüste verlorene Stämme aufgefunden hätten, Buschmänner, deren Sprache hauptsächlich aus Schnalzlauten bestehe, sowie kurzbeinige Stämme, von denen die Forscher annehmen, daß sie die schnellsten Läufer der Welt seien.

Die drei Forschungsreisenden sind Dr. C. E. Cadle, Grant H. John und Paul Häfler, alle von Denver. Sie kamen auf dem Dampfer „Majestic" in New York an und bringen Bilder und Reisetrophäen für ein Museum in Denver.

Die Zwerge sind vier bis viereinhalb Fuß groß. Sie besitzen kleine Häuser oder Hütten und bleiben oft lange Zeit ohne Nahrung. Die Männer können schneller als Gazellen laufen.

Förderung des deutschen Ausfuhrhandels

Berlin, 24. April. — Um den deutschen Ausfuhrhandel hochzubringen und damit dem Deutschen Reich die Zahlungsleistungen, welche ihm das Dawes-Abkommen auferlegte, zu erleichtern, hat das deutsche Wirtschaftsministerium Vereinbarungen mit den maßgebenden deutschen Versicherungsgesellschaften für die Einrichtung einer Ausfuhrkredit-Versicherung getroffen.

Es wird ein besonderes Versicherungsamt für die Verwaltung des Kreditversicherungs-Fonds geschaffen werden.

Das Ministerium verspricht sich von diesem Fonds, daß er in Europa, in Zentral- und Südamerika und in Afrika dem deutschen Ausfuhrhandel Absatzgebiete erschließen wird, zu denen er bisher nicht hingelangt ist.

Dabei ist dieser Versicherungsfonds durchaus nicht etwa als eine Subvention gedacht. Bevor sie Kreditversicherung erlangen können, müssen die Exporteure ausreichende Beweise für die Zahlungsfähigkeit des Käufers erbringen, um den es sich jeweilig handelt.

Die Beamten der deutschen Konsulate im Ausland werden angehalten werden, bei der Entscheidung der Frage der Zahlungsfähigkeit der Käufer ihren Beistand zu leisten.